



Finanzverwaltung

# Laufende Analyse der Wirkungen des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) Bericht 2025

Nicht klassifiziert

Herausgabe FV

01/2026

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Laufende Analyse 2025 .....</b>	<b>3</b>
1.1	Hintergrund.....	3
1.2	Aufbau des Berichts.....	3
<b>2.</b>	<b>Finanzausgleich.....</b>	<b>4</b>
2.1	Direkter Finanzausgleich.....	4
2.2	Massnahmen für besonders belastete Gemeinden .....	5
2.3	Entwicklung der Disparitäten in der Steuerkraft der Gemeinden .....	5
<b>3.</b>	<b>Lastenausgleichssysteme .....</b>	<b>8</b>
3.1	Überblick .....	8
3.2	Lastenausgleich Lehrergehälter .....	8
3.3	Lastenausgleich Soziales.....	9
3.4	Lastenausgleiche Ergänzungsleistungen und Familienzulagen für Nichterwerbstätige (Sozialversicherungen).....	9
3.5	Lastenausgleich öffentlicher Verkehr.....	9
3.6	Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» .....	10
3.7	Prognose Kostenentwicklung Lastenausgleiche .....	10
3.8	Lastenausgleichssystem – Anteil des Kantons .....	11
3.9	Entwicklung «Globalbilanz» 2021–2025 .....	12
<b>4.</b>	<b>Analyse nach Gemeindegruppen .....</b>	<b>14</b>
4.1	Analyse nach verschiedenen Gemeindegruppen .....	14
4.2	Analyse nach HEI 2020–2024 .....	14
4.3	Analyse nach Gemeindesteueranlagen 2021 bis 2024 .....	15
4.4	Fazit .....	15
4.5	Entwicklung Steueranlagen Gemeinden .....	15
4.6	Entwicklung Steuereinnahmen der Gemeinden .....	16
4.7	Rechnungsergebnisse der Gemeinden 2024 – ein Überblick .....	18
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....</b>	<b>19</b>
<b>Anhang 1:Rechtsgrundlagen .....</b>		<b>20</b>
<b>Anhang 2:Übersicht der Grundlagen für die Feinststeuerung des FILAG.....</b>		<b>23</b>

## Das Wichtigste in Kürze

Das Gesetz vom 27. November 2000 über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG; BSG 631.1) bezweckt:

- die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Belastung der Gemeinden zu mildern und
- ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben.

Die Ergebnisse der Laufenden Analyse 2025 des FILAG zeigen, dass diese Zielsetzungen im Zeitraum 2021 bis 2025 grundsätzlich erreicht werden konnten. Demzufolge besteht im Moment aus Sicht der Finanzverwaltung für die Feinststeuerung des FILAG durch den Regierungsrat kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

## 1. Laufende Analyse 2025

### 1.1 Hintergrund

Das Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) bezweckt, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Belastung der Gemeinden zu mildern und ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben (Art. 1 FILAG). Die Rechtsgrundlagen sind auf der Webseite der Finanzdirektion im Detail abrufbar und im Anhang 1 mit weiteren Informationen zusammengefasst.

Die Zielsetzungen für die Laufende Analyse der Wirksamkeit des FILAG sind:

- Bereitstellung der Grundlagen für ein Gemeindemonitoring, um die Wirkungs- und Zielerreichung des FILAG laufend zu analysieren.
- Laufende Beobachtung der Entwicklung der Gemeindefinanzen betreffend die Wirkungen des Finanz- und Lastenausgleichs.
- Bereitstellung von Grundlagen, die es dem Regierungsrat ermöglichen, die Feinststeuerung innerhalb der im FILAG festgelegten Bandbreiten beim Vollzug des Finanzausgleichs (Disparitätenabbau und Mindestausstattung) sowie bei den Massnahmen für besonders belastete Gemeinden vorzunehmen.

Die vorliegende Analyse basiert auf einer Zusammenstellung aller wichtigen Finanzströme im Finanz- und Lastenausgleich. Die Effekte wurden für jede Gemeinde ermittelt und in einer Excel-Datenbank erfasst. Die Analysen umfassen den Zeitraum vom Jahr 2021 bis und mit dem Jahr 2025 (5 Jahre).

### 1.2 Aufbau des Berichts

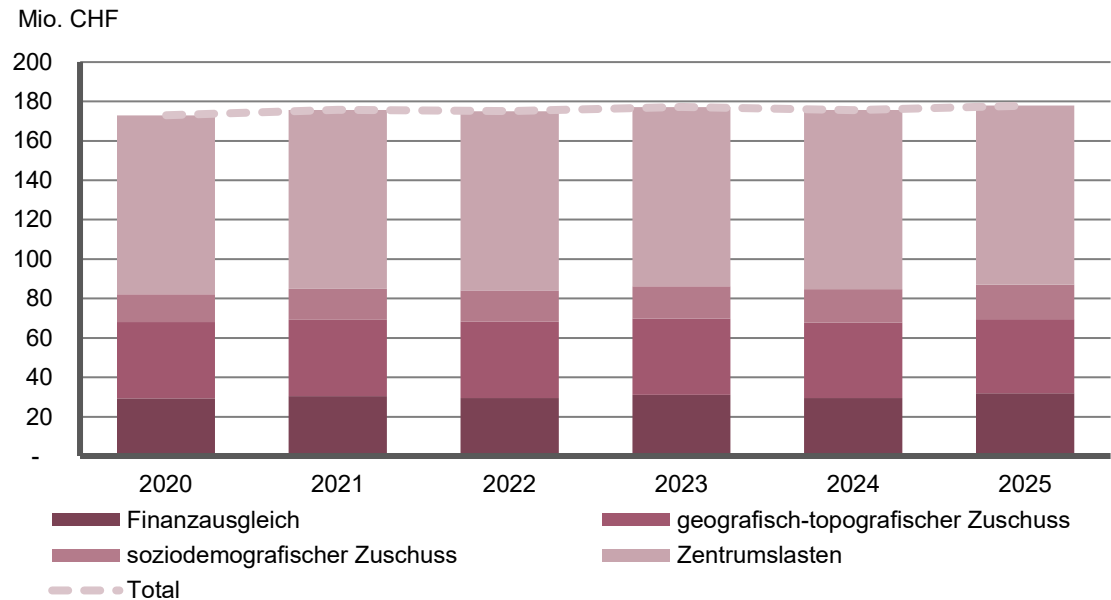
In Kapitel 3 wird die finanzielle Entwicklung der einzelnen Instrumente des FILAG beschrieben. Die Daten sollen zeigen, bei welchen Instrumenten es in der Summe der Gemeinden Mehr- bzw. Minderbelastungen gegeben hat. Anschliessend wird in den Abschnitten 4.1–4.4 aufgezeigt, wie sich die Mehr- bzw. Minderbelastungen durch die FILAG-Instrumente auf verschiedene Gemeindegruppen ausgewirkt haben. In den Abschnitten 4.5 und 4.6 wird die Entwicklung der Steueranlagen und der Steuereinnahmen der Gemeinden beschrieben und analysiert. Abschliessend wird in Kapitel 4.7 ein kurzer Blick auf die Rechnungsergebnisse 2025 der Gemeinden geworfen.

2.      **Finanzausgleich**

Nachfolgende Abbildung 1 zeigt die kantonalen Zahlungen an die Gemeinden von 2021–2025.

**Abbildung 1:      Finanzausgleich und Massnahmen für besonders belastete Gemeinden (2021–2025) – Kantonale Zahlungen an die Gemeinden (in CHF)**

	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Finanzausgleich (Mindestausstattung); Disparitätenabbau per Saldo = 0</b>	30'403'597	29'468'417	31'067'841	29'564'402	31'961'978
<b>geografisch-topografischer Zuschuss</b>	38'711'815	38'692'120	38'702'195	38'179'602	37'522'675
<b>soziodemografischer Zuschuss</b>	15'750'000	16'000'000	16'500'000	17'000'000	17'500'000
<b>Pauschale Abgeltung Zentrumslasten (Bern, Biel, Thun)</b>	90'844'000	90'844'000	90'844'000	90'844'000	90'844'000
<b>Total</b>	<b>175'709'411</b>	<b>175'004'537</b>	<b>177'114'036</b>	<b>175'588'003</b>	<b>177'828'653</b>



Hinweis: In dieser Grafik wird nur die Saldobelastung aller Gemeinden zusammen dargestellt. Das bedeutet, dass der Disparitätenabbau beim Finanzausgleich nicht sichtbar ist, da dieser per Saldo für alle Gemeinden Null beträgt (horizontaler Finanzgleich). Diese Beträge werden aber bei der Analyse nach verschiedenen Gemeindekategorien berücksichtigt.

In den nachfolgenden Abschnitten wird einzeln auf die verschiedenen Instrumente eingegangen.

2.1      **Direkter Finanzausgleich**

Die Entwicklung im direkten Finanzausgleich zeigt, dass die Gemeinden im Jahr 2025 vom Kanton rund CHF 32 Millionen für die Mindestausstattung erhalten haben. Im Vergleich zum Jahr 2024 ist das eine Zunahme um CHF 2,4 Millionen. Die Veränderung in den letzten Jahren ist vor allem auf die Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2021 (in Kraft seit 01.01.2020) und die damit verbundene Umsetzung des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) sowie die allgemeine Neubewertung (AN20) der Grundstücke und Wasserkräfte und die sich daraus ergebende Anpassung der amtlichen Werte im Steuerjahr 2020 zurückzuführen.

Die horizontalen Zahlungen im Finanzausgleich (Disparitätenabbau) sind hier nicht sichtbar, da sie über alle Gemeinden per Saldo Null ergeben. In der Analyse nach einzelnen Gemeindegruppen (siehe Kapitel 4) wird der Disparitätenabbau dann mitberücksichtigt.

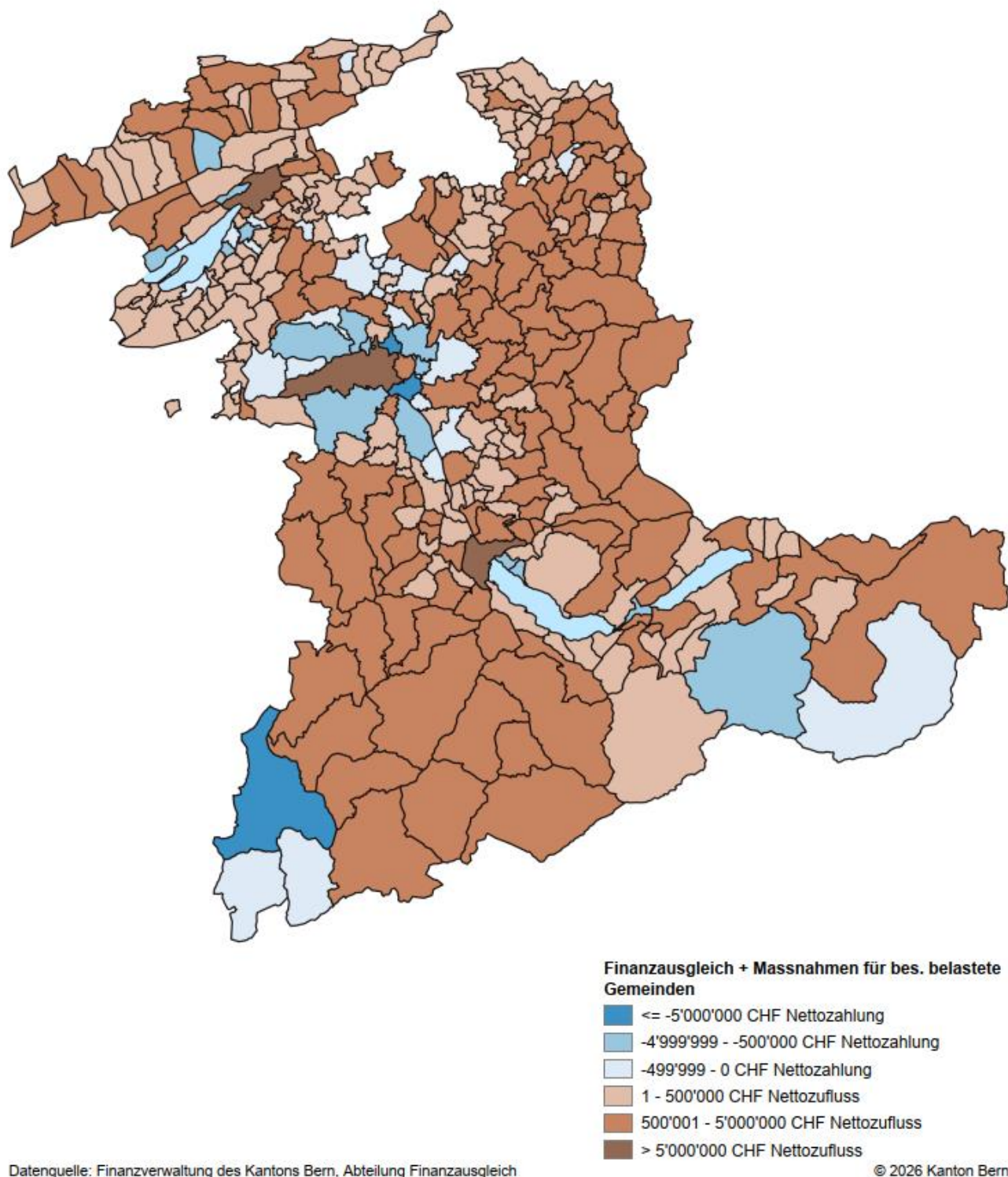
## 2.2 Massnahmen für besonders belastete Gemeinden

- **Pauschale Abgeltung der Zentrumslasten:** Die Gemeinden Bern, Biel und Thun erhalten einen jährlichen Zuschuss zur teilweisen Abgeltung ihrer überdurchschnittlich hohen Zentrumslasten in den Aufgabenbereichen privater Verkehr, öffentliche Sicherheit, Gästefrastruktur, Sport, soziale Sicherheit und Kultur (Art. 15 FILAG). Dafür wird seit dem Jahr 2019 unverändert ein Gesamtbetrag von CHF 90,8 Millionen eingesetzt.
- **Berücksichtigung der Zentrumslasten bei der Berechnung des Finanzausgleichs:** Die Gemeinden Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal können die nach Abzug der pauschalen Abgeltung verbleibenden Zentrumslasten bei der Berechnung des Finanzausgleichs in Abzug bringen (Art. 14 FILAG). Dieser Abzug wirkt sich im direkten Finanzausgleich aus, wird aber in der laufenden Analyse des FILAG nicht gesondert ausgewiesen. Die Abzüge im direkten Finanzausgleich betragen seit 2024 noch CHF 52,6 Millionen.
- **Geografisch-topografischer Zuschuss:** Gemeinden mit übermässigen geografisch-topografischen Lasten erhalten einen Zuschuss (Art. 18 FILAG). Der Betrag für das Jahr 2025 beläuft sich auf CHF 37,5 Millionen.
- **Soziodemografischer Zuschuss:** Gemeinden bezahlen bei ausgewählten Angeboten der institutionellen Sozialhilfe (familienergänzende Kinderbetreuung, offene Kinder- und Jugendarbeit, Gemeinschaftszentren) einen Selbstbehalt von 20 Prozent. Zur Abfederung dieses Selbstbehaltes wurde der soziodemografische Selbstbehalt eingeführt (Art. 21a ff. FILAG). Der Betrag dafür beläuft sich im Jahr 2025 auf CHF 17,5 Millionen.

## 2.3 Entwicklung der Disparitäten in der Steuerkraft der Gemeinden

Der Finanzausgleich verfolgt explizit das Ziel des Disparitätenabbaus, d. h. der Verringerung der Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Gemeinden. Dabei muss zwischen einer kurz- und einer langfristigen Betrachtung unterschieden werden. Das kurzfristige Ziel besteht darin, dass alle Gemeinden genügend Mittel besitzen, um die ihnen übertragenen Aufgaben wahrnehmen zu können. Dies geschieht durch Transferzahlungen der ressourcenstarken Gemeinden und des Kantons an die ressourcenschwachen Gemeinden. Wenn die ressourcenstarken Gemeinden einen Teil ihrer Mittel an die ressourcenschwachen Gemeinden abgeben, führt dies automatisch zu einem Disparitätenabbau aufgrund des Finanzausgleichs. Nachfolgende Abbildung 2 zeigt die Nettozahlungen bzw. Nettozuflüsse pro Gemeinde. Auffallend ist, dass die Zahlergemeinden in der Tendenz eher urban geprägt sind. Folglich findet beim Disparitätenabbau eine Umverteilung von urbanen zu ländlichen Gemeinden statt.

**Abbildung 2: Finanzausgleich und Massnahmen für besonders belastete Gemeinden, Nettzahlungen/Nettozuflüsse pro Gemeinde**



Spannend ist auch die mittel- bis langfristige Betrachtung. Die ressourcenschwachen Gemeinden haben die Möglichkeit, mit den Mitteln aus dem Finanzausgleich ihre Attraktivität und somit auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachhaltig zu verbessern, indem ihre Steuerbasis wächst. Dazu stehen ihnen drei

Möglichkeiten zur Verfügung: Steuersenkung, Schuldenabbau und Ausgaben (z. B. für Infrastrukturausbau). Wenn die ergriffenen Massnahmen erfolgreich sind, sollten sie einen positiven Effekt auf die Steuerbasis entfalten und damit die Disparitäten zwischen den Gemeinden verringern.

Die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit werden indessen durch weitere Faktoren bestimmt, welche die Gemeinden kaum oder gar nicht beeinflussen können. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Konjunktur. Diese beeinflusst die Gemeinden vielfach unterschiedlich und führt zu Veränderungen bei der Ressourcenstärke.

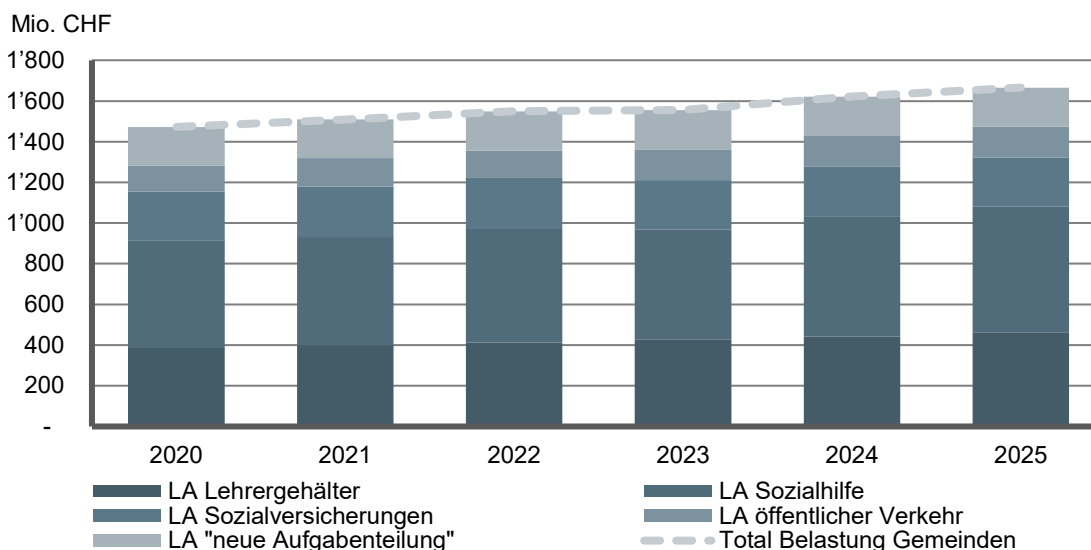
### 3. Lastenausgleichssysteme

#### 3.1 Überblick

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Belastung der Gemeinden durch die Lastenausgleichssysteme im Zeitraum 2021 bis 2025. Die Belastung der Gemeinden durch die Lastenausgleichssysteme ist in den Jahren 2021 bis 2025 kontinuierlich gestiegen. Der Kostenanstieg von CHF 1'509 Millionen im Jahr 2021 auf CHF 1'666 Millionen im Jahr 2025 verteilt sich grösstenteils auf die zwei Bereiche Soziales (CHF +88,3 Mio.) und Lehrergehälter (CHF +62,5 Mio.).

Abbildung 3: Entwicklung der Lastenausgleiche von 2021–2025 – Anteile der Gemeinden (in CHF)

	2021	2022	2023	2024	2025
<b>LA Lehrergehälter</b>	399'519'702	411'452'067	427'280'160	442'003'640	462'042'756
<b>LA Soziales</b>	531'214'852	563'829'475	541'350'617	587'512'589	619'509'142
<b>LA Sozialversicherungen</b>	249'126'788	246'749'623	242'820'066	248'500'006	241'154'133
<b>LA öffentlicher Verkehr</b>	140'239'189	134'325'606	150'865'555	150'504'394	150'313'597
<b>LA "neue Aufgabenteilung"</b>	189'210'000	192'950'000	193'000'000	193'010'000	193'050'000
<b>Total Belastung Gemeinden</b>	<b>1'509'310'531</b>	<b>1'549'306'771</b>	<b>1'555'316'398</b>	<b>1'621'530'629</b>	<b>1'666'069'628</b>



#### 3.2 Lastenausgleich Lehrergehälter

Die Belastung der Gemeinden beim Lastenausgleich Lehrergehälter ist zwischen den Jahren 2021 und 2025 relativ stark gestiegen, von rund CHF 400 Millionen im Jahr 2021 auf rund CHF 460 Millionen im Jahr 2025 (+15,6 %).

Zu beachten ist, dass beim Lastenausgleich Lehrergehälter die Veränderungen pro Jahr unterschiedlich ausfallen. Die Gründe hierfür liegen nebst der Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler in den meisten Fällen in politischen und rechtlichen Entscheiden (z. B. Lohnanstieg, Klassengrössen). Die Aufwendungen für die Lehrergehälter werden zu 70 Prozent vom Kanton und zu 30 Prozent von den Gemeinden getragen.



### 3.3 Lastenausgleich Soziales

Die Aufwendungen für die individuelle und institutionelle Sozialhilfe werden zu 50 Prozent vom Kanton und zu 50 Prozent durch die Gemeinden finanziert. Massgebend für die Bestimmung der einzelnen Gemeindeanteile ist dabei die Wohnbevölkerung. Die Belastung der Gemeinden im Lastenausgleich Soziales ist von CHF 531 Millionen im Jahr 2021 auf CHF 620 Millionen im Jahr 2025 (CHF +58 Mio. bzw. +16,6 %) gestiegen.

Die massgebenden Kostenfaktoren in der Sozialhilfe (z. B. Anzahl unterstützte Personen, durchschnittliche Unterstützungsdauer) sind durch den Kanton und die Gemeinden nur beschränkt beeinflussbar. Die Einflussfaktoren auf die Fallentwicklung und somit auf die Kosten in der individuellen Sozialhilfe sind vielfältig und zum Teil nur schwer quantifizierbar. Im Besonderen haben die wirtschaftliche Konjunkturlage und die strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes, die zum Verlust von niederschweligen Arbeitsplätzen und zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse führt, Einfluss auf die Höhe der Sozialhilfe. Neben den grösseren Schwierigkeiten hinsichtlich Integration im Arbeitsmarkt wirken sich auch die von der Konjunktur unabhängigen gesellschaftlichen Entwicklungen auf die Sozialhilfe aus, z. B. die Zunahme von Einelternfamilien oder eine Migrationsbevölkerung mit geringer oder nicht anerkannter Ausbildung.

### 3.4 Lastenausgleiche Ergänzungsleistungen und Familienzulagen für Nichterwerbstätige (Sozialversicherungen)

Die Aufwendungen für die Lastenausgleiche Ergänzungsleistungen (EL) und Familienzulagen für Nichterwerbstätige (FAMZU) werden zu 50 Prozent durch den Kanton und zu 50 Prozent durch die Gemeinden finanziert. Massgebend für die Bestimmung der Gemeindeanteile ist die Wohnbevölkerung. Die Gesamtheit aller Gemeinden trägt im Jahr 2025 Kosten in der Höhe von CHF 241 Millionen gegenüber CHF 249 Millionen im Jahr 2021.

Die Kostenentwicklung kann durch den Kanton grundsätzlich nicht direkt gesteuert werden, da der Aufwand für die AHV, die IV und die EL durch übergeordnetes Bundesrecht beeinflusst wird. Externe Faktoren für die Kostenentwicklung sind die demografische Entwicklung (Alterspyramide), die Veränderung der Anzahl Versicherungsfälle, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Teuerung.

### 3.5 Lastenausgleich öffentlicher Verkehr

Beim Lastenausgleich öffentlicher Verkehr trägt der Kanton zwei Drittel der Kosten, während der Gemeindeanteil einen Drittel beträgt. Massgebend für die Bestimmung der Gemeindeanteile sind zu zwei Dritteln das Verkehrsangebot und zu einem Drittel die Wohnbevölkerung.

Die Kostenentwicklung des Lastenausgleichs steht in direktem Zusammenhang mit der Angebotsentwicklung und der Investitionstätigkeit. Der Ausbau beim Angebot des öffentlichen Verkehrs sowie die Finanzierung von neuen Verkehrsinfrastrukturen haben zu einem grösseren Anstieg der Ausgaben seit dem Jahr 2020 geführt. Die Gründe dafür sind u. a.:

- Der Grosse Rat hat im März 2024 den Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr 2022–2025 bis 2026 verlängert. In den Jahren 2025 und 2026 sollen verschiedene Angebotserweiterungen umgesetzt werden.
- Bei verschiedenen Transportunternehmen standen und stehen grössere Rollmaterialbeschaffungen sowie Depot Neu- und Ausbauten an. Die Folgekosten aus diesen Beschaffungen und Investitionen führen zu höheren ÖV-Abgeltungen.

- Mit den anstehenden oder bereits begonnen Grossprojekten RBS Tiefbahnhof Bern, Zugang Bubenberg zum Bahnhof Bern, Tram Bern – Ostermundigen und ÖV-Knoten Ostermundigen steigen die Investitionsausgaben gegenüber den Vorjahren nochmals an.

### **3.6 Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung»**

Der Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» wurde anlässlich der FILAG-Revision per 1. Januar 2012 konzipiert. Mit diesem Instrument werden Lastenverschiebungen aufgrund einer neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden gegenseitig verrechnet. Ein Saldo zugunsten des Kantons wird durch Gemeindeanteile ausgeglichen. Ein Saldo zugunsten der Gemeinden wird durch Zuschüsse des Kantons ausgeglichen. Massgebend für die Bestimmung der Gemeindeanteile ist die Wohnbevölkerung.

Die Veränderung von rund 3,7 Millionen im Jahr 2022 ist hauptsächlich auf die Revision des Volksschulgesetzes (VGS) und der Verordnung über das besondere Volksschulangebot (BVSV) vom 10.11.2021 zurückzuführen, welche Anfangs 2022 in Kraft trat. Sie führte zu einer Lastenverschiebung zwischen dem Kanton und Gemeinden im Umfang von 3.49 Millionen Franken (BVSV Art. 73).

Zu beachten ist, dass die im Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» erfassten Lastenverschiebungen zum Teil auch Aufgaben und Finanzströme ausserhalb des FILAG betreffen. Beispielsweise können die Gemeinden am kantonalen Sicherheitsfunknetz Polycom partizipieren, wofür ihnen im Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» CHF 2,0 Millionen belastet werden.

In den Auswertungen und Analysen dieses Berichtes können die ausserhalb des FILAG anfallenden Lastenverschiebungen aus methodischen Gründen nur einseitig im Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» berücksichtigt werden. Die daraus resultierenden Ungenauigkeiten dürften angesichts der eher marginalen Bedeutung dieser Finanzströme nicht zu einer Beeinträchtigung der Analyseergebnisse und der Schlussfolgerungen führen.

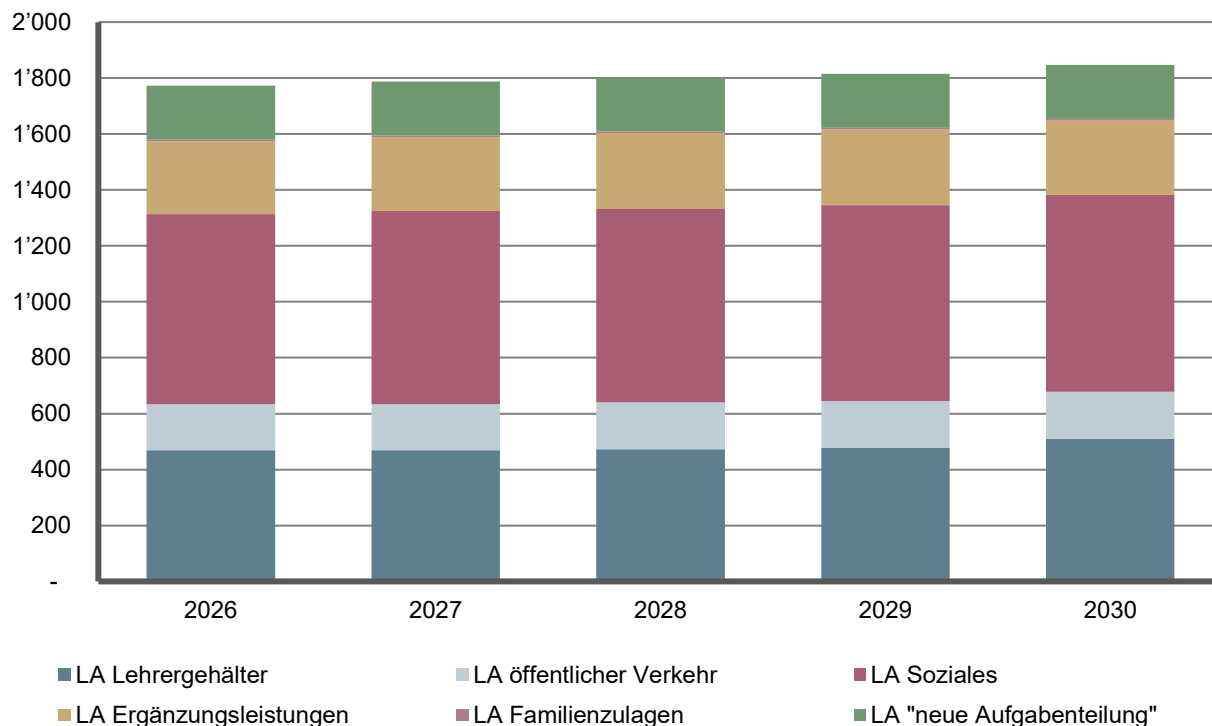
### **3.7 Prognose Kostenentwicklung Lastenausgleiche**

Wie aus Abbildung 4 ersichtlich ist, wird zum heutigen Zeitpunkt von den Fachdirektionen insbesondere für das Jahr 2026 ein Kostenanstieg für die Lastenausgleiche prognostiziert. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass bei den Lastenausgleichen Soziales und Sozialversicherungen bezüglich der Prognoseannahmen grössere Unsicherheiten und Risiken bestehen. Die für diese beiden Lastenausgleiche relevanten Ausgaben sind vom Kanton und den Gemeinden systembedingt nur eingeschränkt steuerbar und werden wesentlich von der Wirtschaftslage, der demografischen Entwicklung sowie von Anpassungen und Sparmassnahmen in den vorgelagerten Systemen (z. B. Arbeitslosenversicherung, Krankenkassenprämienverbilligungen etc.) beeinflusst.

Abbildung 4: Prognose Entwicklung der Lastenausgleiche von 2025–2029

	2026	2027	2028	2029	2030
<b>LA Lehrergehälter</b>	469'020'000	468'600'000	472'140'000	477'630'000	510'000'000
<b>LA öffentlicher Verkehr</b>	165'000'000	165'000'000	168'000'000	168'000'000	168'000'000
<b>LA Soziales</b>	679'079'573	690'961'863	692'229'887	699'675'363	704'079'228
<b>LA Ergänzungsleistungen</b>	261'000'000	264'900'000	271'400'000	271'400'000	266'000'000
<b>LA Familienzulagen</b>	5'400'000	5'650'000	5'750'000	5'750'000	5'900'000
<b>LA "neue Aufgabenteilung"</b>	193'049'677	193'049'677	193'049'677	193'049'677	193'349'677
<b>Total Lastenausgleiche</b>	<b>1'772'549'250</b>	<b>1'788'161'540</b>	<b>1'802'569'564</b>	<b>1'815'505'040</b>	<b>1'847'328'905</b>
<b>Veränderung zum Vorjahr in Prozent</b>	2.2%	0.9%	0.8%	0.7%	1.7%

CHF. Mio.

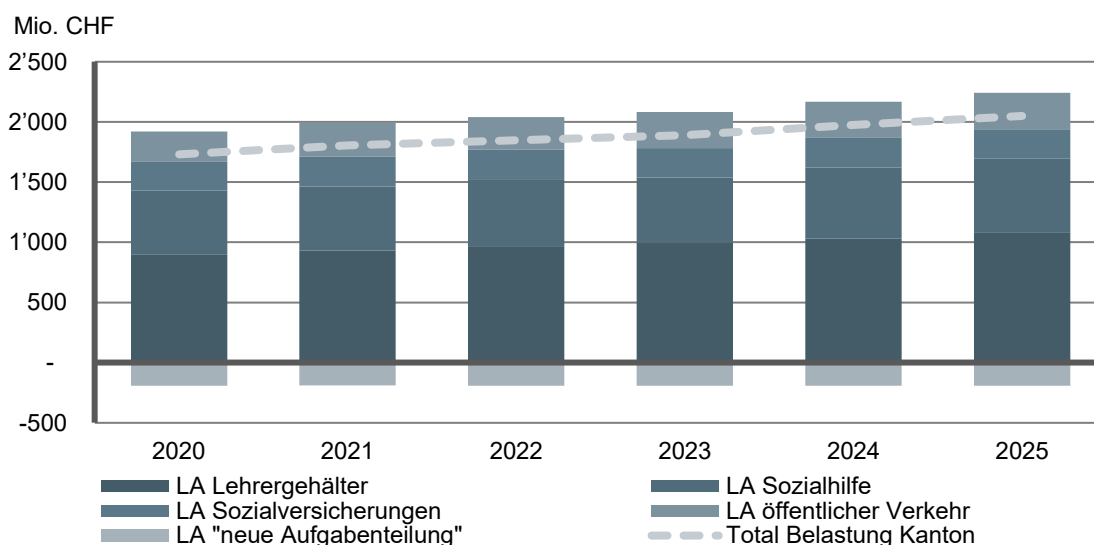


### 3.8 Lastenausgleichssystem – Anteil des Kantons

Die in Abschnitt 3 beschriebenen Aufgabenbereiche Lehrergehälter, Soziales, Sozialversicherungen und öffentlicher Verkehr werden vom Kanton mitfinanziert. Die Beiträge des Kantons an diese vier Lastenausgleichssysteme sowie die Zahlungen der Gemeinden im Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» werden in Abbildung 5 dargestellt:

**Abbildung 5: Entwicklung der Lastenausgleichsystem von 2021–2025 – Anteil Kanton (in CHF)**

	2021	2022	2023	2024	2025
<b>LA Lehrergehälter</b>	932'212'638	960'054'823	996'987'040	1'031'341'827	1'078'099'764
<b>LA Soziales</b>	531'214'852	563'829'475	541'350'617	587'512'589	619'509'142
<b>LA Sozialversicherungen</b>	249'126'788	246'749'623	242'820'066	248'500'006	241'154'133
<b>LA öffentlicher Verkehr</b>	280'478'378	268'651'212	301'731'110	301'008'788	303'907'960
<b>LA "neue Aufgabenteilung"</b>	-189'210'000	-192'950'000	-193'000'000	-193'010'000	-193'050'000
<b>Total Belastung Kanton</b>	<b>1'803'822'656</b>	<b>1'846'335'133</b>	<b>1'889'888'833</b>	<b>1'975'353'210</b>	<b>2'049'620'999</b>



Der Trend zeigt insgesamt weiterhin eine Kostenzunahme. Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit dem stetigen Bevölkerungswachstum im Kanton Bern (Anfang 2021 bis Ende 2024 +2,7 %).

### 3.9 Entwicklung «Globalbilanz» 2021–2025

Die Entwicklung der Finanzströme im Zeitraum 2021 bis 2025 (vgl. Abbildung 6) zeigt, dass die Gemeinden im Jahr 2025 gegenüber dem Jahr 2021 mit insgesamt rund CHF 154,6 Millionen mehr belastet wurden. Die Hauptgründe liegen, wie bereits ausgeführt, bei der Kostenentwicklung der Lastenausgleiche Lehrergehälter und Sozialversicherungen.

**Abbildung 6: Entwicklung der Finanzströme 2021/2025 – Mehrbelastung 2021/2025**

	2021	2022	2023	2024	2025	Veränderung 2021/2025 (Mehr- belastung)
<b>Gemeinden zahlen</b>						
LA Lehrergehälter	399'519'702	411'452'067	427'280'160	442'003'640	462'042'756	-62'523'054
LA Soziales	531'214'852	563'829'475	541'350'617	587'512'589	619'509'142	-88'294'290
LA Sozialversicherungen	249'126'788	246'749'623	242'820'066	248'500'006	241'154'133	7'972'655
LA öffentlicher Verkehr	140'239'189	134'325'606	150'865'555	150'504'394	150'313'597	-10'074'408
LA "neue Aufgabenteilung"	189'210'000	192'950'000	193'000'000	193'010'000	193'050'000	-3'840'000
<b>Total</b>	<b>1'509'310'531</b>	<b>1'549'306'771</b>	<b>1'555'316'398</b>	<b>1'621'530'629</b>	<b>1'666'069'628</b>	<b>-156'759'097</b>
<b>Gemeinden erhalten</b>						
Finanzausgleich (nur Mindestausstattung)	30'403'597	29'468'417	31'067'841	29'564'402	31'961'978	-1'558'382
geografisch-topografischer Zuschuss	38'711'815	38'692'120	38'702'195	38'179'602	37'522'675	1'189'140
soziodemografischer Zuschuss	15'750'000	16'000'000	16'500'000	17'000'000	17'500'000	-1'750'000
Pauschale Abgeltung	90'844'000	90'844'000	90'844'000	90'844'000	90'844'000	
<b>Total</b>	<b>175'709'411</b>	<b>175'004'537</b>	<b>177'114'036</b>	<b>175'588'003</b>	<b>177'828'653</b>	<b>-2'119'241</b>
<b>Saldo Belastung Gemeinden</b>	<b>1'333'601'120</b>	<b>1'374'302'235</b>	<b>1'378'202'362</b>	<b>1'445'942'626</b>	<b>1'488'240'975</b>	
						<b>-154'639'855</b>

## 4. Analyse nach Gemeindegruppen

### 4.1 Analyse nach verschiedenen Gemeindegruppen

Eine Analyse der Ecoplan AG im Jahr 2005 hat gezeigt, dass weder der Gemeindetyp<sup>1</sup> noch der Landesteil<sup>2</sup> die entscheidenden Faktoren für die unterschiedliche Mehr- bzw. Minderbelastung einer Gemeinde darstellen. Derjenige Faktor, der in der Analyse die deutlichsten Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden aufgezeigt hat, ist der harmonisierte Steuerertragsindex (HEI).

Aus diesem Grund konzentriert sich die Laufende Analyse 2025 konsequenterweise wiederum auf die Analyse nach dem HEI und der Gemeindesteueranlage.

Diese Fokussierung ist auch deshalb sinnvoll, weil:

- der HEI die wichtigste Berechnungsgrundlage für die Leistungen und Zuschüsse im Finanzausgleich bildet,
- die Korrelation von HEI und Gemeindesteueranlage in der Regel hoch ist (ein niedriger HEI ist oftmals mit einer hohen Gemeindesteueranlage gekoppelt),
- die Feinsteuerung des FILAG durch den Regierungsrat in erster Linie auf der Basis des HEI (Disparitätenabbau und Mindestausstattung) erfolgen kann.

Die Gemeindeanteile im Lastenausgleich Lehrergehälter können in der Analyse nach Gemeindegruppen nicht berücksichtigt werden. Seit der Einführung des neuen Finanzierungsmodells (NFV) im Jahr 2012 ist eine gemeindescharfe Berechnung der Ausgaben für die Gehälter der Lehrkräfte auf Stufe Kindergarten und Volksschule durch den Kanton nicht mehr möglich. Der Grund dafür ist, dass die Direktion für Bildung und Kultur die Gehaltskosten direkt mit den Schulgemeinden und den Schulverbänden abrechnet, die Schülerbeiträge hingegen werden an die Wohnsitzgemeinden der Schülerinnen und Schüler ausbezahlt. Die Verrechnung der Gehaltskosten für externe Schülerinnen und Schüler regeln Gemeinden und Schulverbände untereinander ohne Einbezug des Kantons.

### 4.2 Analyse nach HEI 2020–2024

Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der Minder- bzw. Mehrbelastungen seit dem Jahr 2020 auf. Die Kostentreiber für die Mehrbelastung sind insbesondere die Lastenausgleichssysteme Soziales sowie Lehrergehälter. Stärker betroffen von dieser Entwicklung sind die finanzschwächeren Gemeinden. Der Grund liegt darin, dass die Gemeindeanteile im Lastenausgleich Soziales aufgrund der Wohnbevölkerung zu leisten sind.

Bei den Gemeinden mit einem HEI von grösser als 100 ist die Mehrbelastung im direkten Finanzausgleich unter anderem auf die höhere Ausgleichsleistung im Disparitätenabbau der Gemeinde Saanen zurückzuführen.

<sup>1</sup> Zentren, Suburbane Gemeinden, Einkommensstarke Gemeinden, Periurbane Gemeinden, Touristische Gemeinden, Touristische Gemeinden, Industrielle u. tertiäre Gemeinden, Ländliche Pendlergemeinden, Agrar-gemischte Gemeinden, Agrarische Gemeinden

<sup>2</sup> Oberland, Mittelland, Emmental, Ob- u. Nid Aargau, Biel-Seeland, Berner Jura

Abbildung 7: Mehr-/Minderbelastung der Gemeinden, Veränderung der Jahre 2020 und 2024;  
Gemeindeeinteilung nach HEI von 2024

Rubrik/HEI-Kategorie	<60	>60/<70	>70/<80	>80/<100	>100	Total
Mehrbelastung Total in CHF	1'122'925	3'247'654	9'274'944	33'245'329	44'263'097	91'153'948
Mehrbelastung in Steuerzehntel	0.48	0.42	0.48	0.47	0.56	0.51
Gemeinden Anzahl	37	53	75	116	54	335
Einwohner Anzahl	26'342	70'196	153'160	463'866	346'738	1'060'302
Mehrbelastung pro Einwohner in CHF	43	46	61	72	128	86

4.3 Analyse nach Gemeindesteueranlagen 2021 bis 2024

Die Analyse nach Gemeindesteueranlagen ergibt folgendes Bild (siehe Abbildung 8): Die höchste Mehrbelastung weisen mit 0.85 Steueranlagezehnteln die Gemeinden mit einer Steueranlage von kleiner als 1.40 aus, vor allem wegen der relativ grossen Mehrbelastung beim direkten Finanzausgleich. Im Gegensatz weisen die Gemeinden mit einer Steueranlage von 1.60 bis 1.79, dank der Entlastung beim direkten Finanzausgleich, die kleinste Mehrbelastung aus.

Abbildung 8: Mehr-/Minderbelastung der Gemeinden, Veränderung der Jahre 2020 und 2024;  
Gemeindeeinteilung nach Gemeindesteueranlage vom Jahr 2024

Rubrik/StAnl-Kategorie	<1.40	>1.40-1.59	>1.60-1.79	1.80-1.99	>2.00	Total
Mehrbelastung Total	12'478'118	35'960'073	31'098'326	10'743'489	873'942	91'153'948
Mehrbelastung in Steuerzehntel	0.85	0.50	0.43	0.55	0.58	0.51
Gemeinden Anzahl	18	61	139	103	14	335
Einwohner Anzahl	46'612	365'079	477'371	158'000	13'240	1'060'302
Mehrbelastung pro Einwohner	268	98	65	68	66	86

4.4 Fazit

Die Analyse des FILAG für den Zeitraum 2020 bis 2024 zeigt auf, dass der Kostenanstieg bei den Lastenausgleichssystemen bei allen Gemeinden Mehrbelastungen zur Folge hatte. Die finanzstarken Gemeinden waren von diesen Mehrbelastungen – in Steueranlagezehnteln gemessen – weniger stark betroffen. Mit den verschiedenen Instrumenten des Finanzausgleichs konnte die Mehrbelastung zum Teil abgedefert werden, und zwar am stärksten bei den finanzschwächeren Gemeinden.

4.5 Entwicklung Steueranlagen Gemeinden

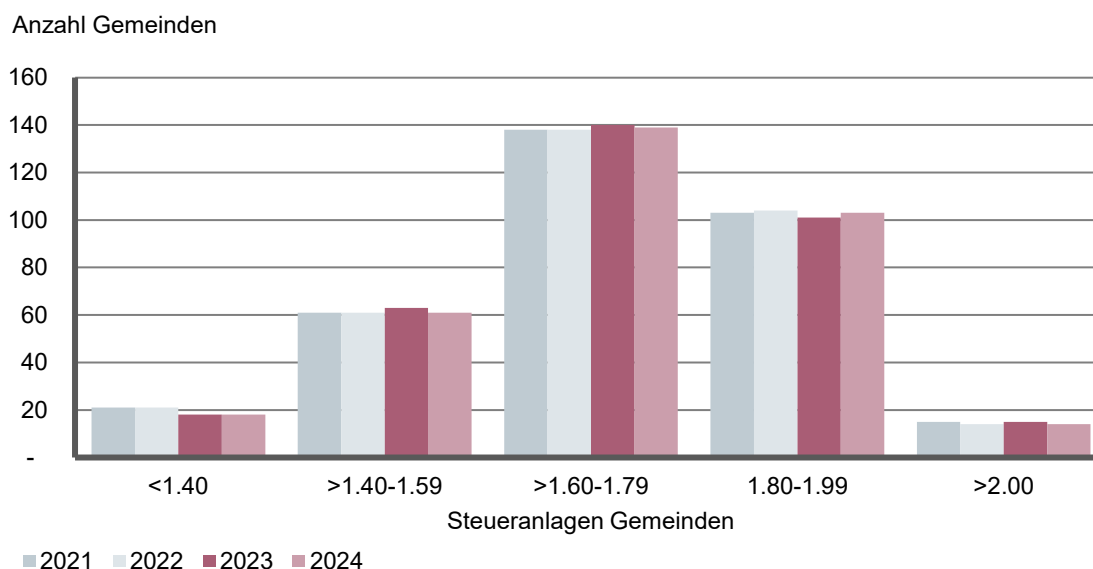
Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Jahr 2024 insgesamt weniger Gemeinden mit Steueranlagesenkungen (14 Gemeinden) als solche mit Steueranlageerhöhungen (11 Gemeinden).

Die finanziellen Auswirkungen aus den Veränderungen der Steueranlagen 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 können wie folgt zusammengefasst werden:

- 11 Gemeinden haben die Steueranlage für das Jahr 2024 erhöht, wovon bei drei Gemeinden mit insgesamt rund 2'800 Einwohnerinnen und Einwohnern die Steuererhöhung mehr als 0.1 Steueranlagezehntel beträgt.
- 14 Gemeinden haben die Steueranlage für das Jahr 2024 gesenkt, wovon bei vier Gemeinden mit rund 14'000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Steuersenkung mehr als 0.1 Steueranlagezehntel beträgt.
- Im Vergleich zum Jahr 2020 beträgt die Belastung der Steuerzahlenden bei den Gemeindesteuern per Saldo insgesamt rund CHF 86 pro Kopf.

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Steueranlagen der Gemeinden in den Jahren 2021 bis 2024 (in fünf Kategorien). In diesem Beobachtungszeitraum kann eine leichte Tendenz zur Harmonisierung der Steueranlagen festgestellt werden. So ist beispielsweise die Anzahl der Gemeinden mit einer Steueranlage unter 1.4 Einheiten leicht gesunken. Im Jahr 2024 hatten 1,25 Prozent der Wohnbevölkerung (13'240 Personen) eine Steueranlage von 2.00 Einheiten und höher.

**Abbildung 9: Entwicklung der Gemeindesteueranlagen in den Jahren 2021-2024**  
 (Anzahl Gemeinden, nicht gewichtet)

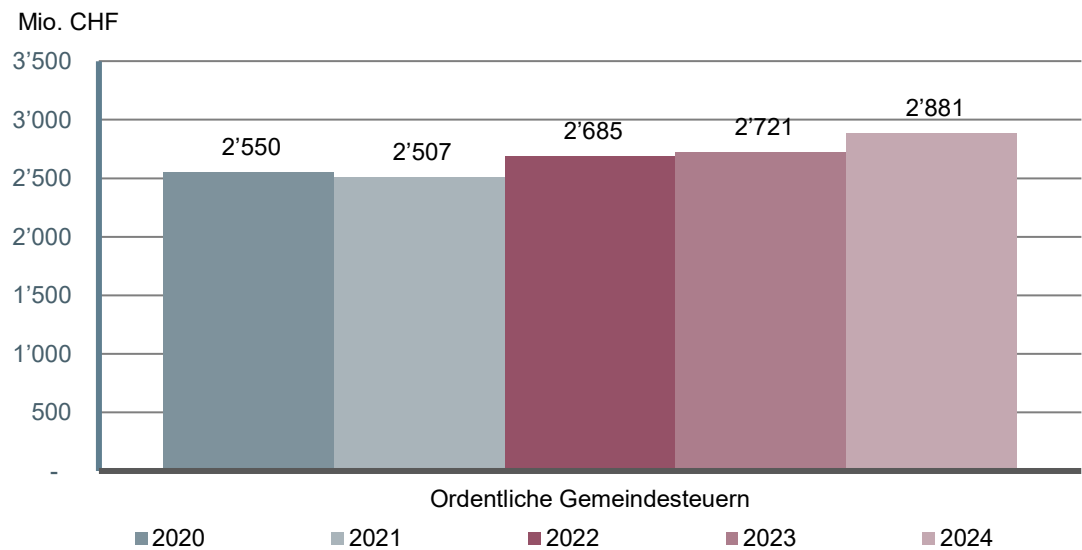


#### 4.6 Entwicklung Steuereinnahmen der Gemeinden

In den Jahren 2020 bis 2024 sind die Steuereinnahmen von CHF 2'550 Millionen auf CHF 2'881 Millionen angestiegen. Die positive Wirtschaftslage hatte zur Folge, dass insbesondere die Steuererträge bei den juristischen Personen über den Erwartungen lagen.



Abbildung 10: Entwicklung Einnahmen ordentliche Gemeindesteuern 2020-2024



Wie hat sich nun der Anstieg der Steuereinnahmen von rund CHF 331 Millionen im Jahr 2024 im Vergleich zum Jahr 2020 auf einzelne Gemeindegruppen ausgewirkt?

Aus der Abbildung 11 ist ersichtlich, dass im Zeitraum 2020 bis 2024 die Gemeinden mit einem HEI zwischen 70 und 80 mit 2.19 Steueranlagezehnteln die grössten Mehreinnahmen verzeichnen konnten. Den geringsten Zuwachs an Steuereinnahmen hatten die Gemeinden mit einem HEI von über 100 mit 1.50 Steueranlagezehnteln. Aufgrund Gemeindefusionen können die Zahlen leicht abweichen.

Abbildung 11: Mehreinnahmen ordentliche Gemeindesteuern, Veränderung der Jahre 2020 und 2024: Gemeindeeinteilung nach HEI 2024

Rubrik/HEI-Kategorie	<60	>60/<70	>70/<80	>80/<100	>100	Total
Mehreinnahmen Total	3'933'386	16'615'309	42'668'053	151'640'146	118'787'635	333'644'529
Mehreinnahmen in Stz	1.67	2.14	2.19	2.14	1.50	1.86
Gemeinden Anzahl	37	53	75	116	54	335
Einwohner Anzahl	26'342	70'196	153'160	463'866	346'738	1'060'302
Mehreinnahmen pro Einwohner	149	237	279	327	343	315

Abbildung 12 zeigt, dass die Gemeinden mit einer Steueranlage zwischen 1.80 und 1.99 Einheiten mit 2.66 Steueranlagezehnteln (CHF 51.9 Mio.) die höchsten Mehreinnahmen verzeichnen konnten.

Den geringsten Zuwachs an Steuereinnahmen hatten die Gemeinden mit einer Steueranlage kleiner als 1.40 Einheiten mit +0.04 Steueranlagezehnteln (CHF + 0.57 Mio.) zu verzeichnen.

Abbildung 12: Mehreinnahmen ordentliche Gemeindesteuern, Veränderung der Jahre 2020 und 2024; Gemeindeeinteilung nach Gemeindesteueranlagen von 2024

Rubrik/StAnl-Kategorie	<1.40	>1.40-1.59	>1.60-1.79	>1.80-1.99	>2.00	Total
Mehreinnahmen Total	573'523	118'765'276	159'050'383	51'858'966	3'396'381	333'644'529
Mehreinnahmen in Stz	0.04	1.65	2.21	2.66	2.27	1.86
Gemeinden Anzahl	18	61	139	103	14	335
Einwohner Anzahl	46'612	365'079	477'371	158'000	13'240	1'060'302
Mehreinnahmen pro Einwohner	12	325	333	328	257	315

4.7 Rechnungsergebnisse der Gemeinden 2024 – ein Überblick

Abbildung 13: Ergebnisse Erfolgsrechnung 2024 (Allgemeiner Haushalt): nach HEI-Kategorien; in CHF / Anzahl Gemeinden / Steueranlagezehntel (Stz)

	Stz > 0	Anz. Gem.	Anz. Gem. Stz 0	Stz < 0 >-1	Anz. Gem.	Stz <-1 >-2	Anz. Gem.	Stz <-2>-3	Anz. Gem.	Stz <-3	Anz. Gem.
HEI < 60	1'451'544	15	12	-118'042	3	-178'461	2	-118'300	1	-1'084'551	3
HEI >60<70	8'617'686	21	9	-90'067	3	-279'519	1	-97'354	1	-219'812	1
HEI >70<80	15'850'621	42	24	-349'937	8	-639'402	8	-107'322	1	-898'970	3
HEI >80<100	39'723'450	49	31	-5'255'013	15	-2'021'423	7	-3'310'383	8	-4'218'256	4
HEI >100	39'620'329	32	19	-1'987'005	5	-1'545'904	4	-326'413	1	-271'896	2
	105'263'630	159	95	-7'800'064	34	-4'664'710	22	-3'959'771	12	-6'693'486	13

Aus Abbildung 13 ist ersichtlich, dass

- sich die Ertragsüberschüsse auf insgesamt CHF 105,3 Millionen und die Aufwandüberschüsse auf CHF 23,1 Millionen beliefen,
- 95 Gemeinden ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis auswiesen,
- aus der Verteilung der Rechnungsergebnisse 2024 auf die HEI-Kategorien keine eindeutige Tendenz erkennbar ist,
- die Steuerkraft demzufolge im Jahr 2024 offenbar keinen signifikanten Einfluss auf die Ergebnisse hatte,
- rund 82 Prozent (CHF 18,9 Mio.) der Aufwandüberschüsse in den Gemeinden mit einem HEI von über 80 anfielen,

Hinweis: Mit dem im Jahr 2016 eingeführten harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) müssen die bernischen Gemeinden zusätzliche Abschreibungen vornehmen, wenn im entsprechenden Rechnungsjahr in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss ausgewiesen wird und die ordentlichen Abschreibungen kleiner als die Nettoinvestitionen sind. Diese Bestimmung hat zur Folge, dass verhältnismässig viele Gemeinden ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis erzielen.

Im Rechnungsjahr 2024 verbuchten 147 Gemeinden (2023: 156) zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von insgesamt CHF 61,6 Millionen (2023: CHF 80,8 Mio.). Ohne Berücksichtigung dieser zusätzlichen Abschreibungen weisen noch 20 Gemeinden (2023: 23) ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis aus

## **5. Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Zusammenfassend kann aufgrund der Laufenden Analyse 2024 festgestellt werden, dass die in Art. 1 FILAG festgelegten Zielsetzungen, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Belastung der Gemeinden zu mildern und ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben, im Zeitraum 2020 bis 2024 grundsätzlich erreicht werden konnten.

Demzufolge besteht im Moment aus Sicht der Finanzverwaltung für die Feinsteuerung des FILAG durch den Regierungsrat kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

## **Anhang 1: Rechtsgrundlagen**

### **a. Zielsetzungen des FILAG**

Das FILAG bezweckt, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Belastung der Gemeinden zu mildern und ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben (Art. 1 FILAG).

### **b. Laufende Analysen der Wirkung des FILAG**

Die zuständige Stelle der Finanzdirektion (Finanzverwaltung, Abteilung Finanzausgleich) erstellt eine Finanzstatistik und analysiert laufend die Wirkungen dieses Gesetzes (Art. 33 Abs. 1 FILAG).

Die Finanzstatistik (FINSTA) für die bernischen Gemeinden wurde im Jahr 1998 eingeführt und wird seither jährlich aktualisiert.

Die Zielsetzungen für die Laufende Analyse der Wirksamkeit des FILAG sind:

- Bereitstellung der Grundlagen für ein Gemeindemonitoring, um die Wirkungs- und Zielerreichung des FILAG laufend zu analysieren.
- Laufende Beobachtung der Entwicklung der Gemeindefinanzen betreffend die Wirkungen des Finanz- und Lastenausgleichs.
- Bereitstellung von Grundlagen, die es dem Regierungsrat ermöglichen, die Feinsteuern innerhalb der im FILAG festgelegten Bandbreiten beim Vollzug des Finanzausgleichs (Disparitätenabbau und Mindestausstattung) sowie bei den Massnahmen für besonders belastete Gemeinden vorzunehmen.

### **c. Parameter für die Feinsteuern durch den Regierungsrat**

Um auf unbeabsichtigte Auswirkungen und neue Entwicklungen angemessen reagieren zu können, kann der Regierungsrat die Feinsteuern innerhalb der im FILAG für die einzelnen Instrumente festgelegten Bandbreiten vornehmen. Die Instrumente, die Rechtsgrundlagen sowie die Steuerungsparameter sind im Anhang 2 aufgeführt.

### **d. Kenntnisnahme des Berichtes durch den Regierungsrat**

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2008 vom 30. November 2011 im Rahmen der Kenntnisnahme der Ergebnisse der Laufenden Analyse 2011 die Finanzdirektion beauftragt, ihm künftig nur noch bei Bedarf einen Bericht vorzulegen und ihm gegebenenfalls Massnahmen für die Feinsteuern des FILAG zu beantragen.

### **e. Revision des FILAG per 1. Januar 2012**

Auf den 1. Januar 2012 erfolgte eine Teilrevision des FILAG 2002 (Projekt FILAG 2012). Die Hauptzielsetzungen der Revision waren – gestützt auf die Ergebnisse der Ex-post-Evaluation des FILAG 2002 im Jahr 2007 – eine gerechtere Verteilung der Mittel im Finanzausgleich und die Eliminierung von verschiedenen finanziellen Fehlanreizen, insbesondere bei den Lastenausgleichs Sozialen und Lehrergehältern.

Die wichtigsten Anpassungen aus der Teilrevision des FILAG waren:

- **Finanzausgleich und Massnahmen für besonders belastete Gemeinden**
  - Der Harmonisierungsfaktor wurde so festgelegt, dass die finanzschwächsten Gemeinden durch den Finanzausgleich nicht bessergestellt werden als weniger finanzschwache Gemeinden. Seit dieser Anpassung werden die Finanzausgleichszuschüsse gerechter verteilt.
  - Die Mindestausstattung wird nicht mehr an die Voraussetzung geknüpft, dass die Steueranlage der Gemeinde über dem kantonalen Mittel liegt. Gleichzeitig wurde der Regierungsrat ermächtigt, Gemeinden in guten finanziellen Verhältnissen die Mindestausstattung zu kürzen oder ganz zu verweigern.
  - Ein Instrument zum Ausgleich besonderer Lasten von ländlichen Gebieten wurde beibehalten. Um Fehlanreize zu vermeiden, wurde die Voraussetzung einer hohen kommunalen Gesamtsteuerbelastung aufgehoben; das Instrument wurde somit in einen rein geografisch-topografischen Zuschuss überführt. Gleichzeitig wurde der Regierungsrat ermächtigt, Gemeinden in guten finanziellen Verhältnissen den Zuschuss zu kürzen oder ganz zu verweigern.
  - Zur Abfederung des Selbstbehaltes von 20 Prozent bei ausgewählten Angeboten der institutionellen Sozialhilfe wurde ein soziodemografischer Zuschuss eingeführt.
  - Die pauschale Abgeltung der Zentrumslasten bleibt auf die Städte Bern, Biel und Thun beschränkt. Sie wurde durch den Einbezug der bis zur Teilrevision nicht abgegoltenen Kulturlasten angemessen erhöht und an damals aktuelle Erhebungen angepasst. Im Gegenzug wurde der bisherige Abzug der Zentrumslasten bei der Berechnung der Steuerkraft auf die nicht abgegoltenen Zentrumslasten beschränkt, wobei von diesem Mechanismus weiterhin auch Burgdorf und Langenthal profitieren.
- **Soziales:** Die Kernpunkte der Gesetzesrevision umfassten die neue Aufgabenteilung im Alters- und Behindertenbereich, die Verstärkung des Controllings sowie die Einführung eines Selbstbehaltes von 20 Prozent bei ausgewählten familienergänzenden Angeboten der Sozialhilfe. Abgedeckt wird der Selbstbehalt durch den soziodemografischen Zuschuss, der die sozialen Strukturen einer Gemeinde mitberücksichtigt.
- **Lehrergehälter:** Der bisherige Lastenausgleich wurde durch ein neues Finanzierungsmodell (Neue Finanzierung Volksschule NFV) abgelöst, mit dem die Gemeinden deutlich stärker als bisher an einer wirtschaftlichen und sparsamen Schulorganisation beteiligt werden. Jede Gemeinde zahlt seither die Hälfte der Gehaltskosten ihrer Lehrkräfte, die andere Hälfte trägt der Kanton. Zusätzlich erhalten die Gemeinden topografisch und soziodemografisch abgestufte Beiträge pro Schülerin und Schüler. Die Kantonsbeiträge entsprechen 20 Prozent der gesamten Lehrergehaltskosten, womit der Finanzierungsschlüssel summarisch unverändert blieb (70 Prozent Kanton, 30 Prozent Gemeinden).
- **Neue Aufgabenteilung:** Für den Ausgleich der Lastenverschiebungen aus dem Projekt «FILAG 2012» sowie künftiger Lastenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden wurde der Lastenausgleich «neue Aufgabenteilung» konzipiert (Art. 29b FILAG).

#### f. Erfolgskontrolle des FILAG

Gemäss Artikel 4 FILAG überprüft der Regierungsrat mindestens alle vier Jahre die Auswirkungen des FILAG und legt dem Grossen Rat anschliessend einen Bericht oder eine Vorlage zu einer Gesetzesänderung vor. Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der letzten Erfolgskontrolle im Jahr 2022, welche die Entwicklungen zwischen den Jahren 2016 und 2021 analysiert, in seinem Bericht vom 24. April 2024 zusammengefasst (FILAG-Bericht 2024).

Darin hat er die positiven Ergebnisse der durchgeführten externen Evaluation mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Auch die Vernehmlassung zum FILAG-Bericht 2024 ergab eine breite Zustimmung zum Finanz- und Lastenausgleich. Der Regierungsrat erkannte deshalb sowohl bezüglich der FILAG-Instrumente als auch der Höhe der FILAG-Abgeltungen keinen unmittelbaren Handlungsbedarf.

Einzig bei der Abgeltung der Zentrumslasten erklärte sich der Regierungsrat aufgrund der stetigen kritischen Rückmeldungen bereit, die heute geltende Regelung zu Beginn der nächsten FILAG-Periode grundlegend zu überprüfen und dem Grossen Rat anschliessend einen Bericht bzw. eine Gesetzesrevision vorzulegen. Für ein neues Modell hat der Regierungsrat fünf Leitsätze formuliert<sup>3</sup>.

Kurzfristig bestand aus Sicht des Regierungsrates weder betreffend den Kreis abgeltungsberechtigter Städte noch den Gesamtbetrag der Pauschalabgeltung an die Städte Bern, Biel und Thun Anpassungsbedarf. Gestützt auf die Neuerhebung der Zentrumslasten sollte aber die Aufteilung der Gesamtsumme der pauschalen Abgeltung auf die drei Städte angepasst werden.

Der Grosse Rat hat den Bericht des Regierungsrates über die Erfolgskontrolle des FILAG in der Herbstsession 2024 beraten und den Regierungsrat mit zwei Planungserklärungen beauftragt. Zum einen soll er dem Grossen Rat bis spätestens zur Wintersession 2025 eine Vorlage zur Anpassung des FILAGs unterbreiten, die neben den Gemeinden Bern, Biel und Thun auch für die Gemeinden Burgdorf und Langenthal eine Pauschalabgeltung der Zentrumslasten vorsieht. Zum anderen wird er beauftragt, dem Grossen Rat bis spätestens Ende 2027 die grundsätzliche Neuregelung der Zentrumslasten im Rahmen einer weiteren Gesetzesrevision zu unterbreiten.

### **Veränderungen des FILAG seit der letzten Erfolgskontrolle**

Im Vergleich zum Stand von 2016 – dem Zeitpunkt der letzten Erfolgskontrolle FILAG – haben sich die rechtlichen Grundlagen nur wenig verändert. Zu nennen sind aber folgende Entwicklungen:

- Sozio-demografischer Zuschuss: Neu wird in dem für die Zuschüsse massgebenden Index auch die Anzahl Flüchtlinge in einer Gemeinde mitberücksichtigt.
- LA Soziales: Das im Rahmen der Reform FILAG 2012 eingeführte Bonus-Malus-System wurde im Jahr 2018 durch den Regierungsrat wieder abgeschafft. Unabhängig davon fliessen die Personalkosten der Sozialdienste neu in Form von Pauschalen in den Lastenausgleich ein.
- LA Neue Aufgabenteilung: Im Bereich Asyl und Flüchtlinge sowie in der Volksschule wurden dem Lastenausgleich einige wenige neue Elemente hinzugefügt. Diese fielen etwa zur Hälfte zugunsten des Kantons und der Gemeinden aus. Der Saldo im Lastenausgleich hat sich dadurch kaum verändert.

Aufgrund der Totalrevision des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG; BSG 860.1) könnten sich in den nächsten Jahren weitere Änderungen ergeben, die sich auf die Mechanismen und das Volumen des LA Soziales auswirken könnten.

<sup>3</sup> FILAG-Bericht 2024, S. 53 und 54

## Anhang 2: Übersicht der Grundlagen für die Feinststeuerung des FILAG

Bereich / Instrument	Rechtsgrundlagen	Parameter
<b>Finanzausgleich (FA)</b>		
Disparitätenabbau	Art. 10 FILAG (Bandbreite 37 bis 42 Prozent) Art. 8 FILAV (massgebender Satz)	Massgebender Satz für den Vollzug des Disparitätenabbaus Aktueller Wert: 37 Prozent
Mindestausstattung	Art. 11 FILAG (Bandbreite HEI 75 bis 90) Art. 8 FILAV (massgebender HEI)	Massgebender harmonisierter Steuerertragsindex (HEI) für den Vollzug der Mindestausstattung Aktueller Wert: 86
<b>Massnahmen für besonders belastete Gemeinden</b>		
Abgeltung Zentrumslasten	Art. 15 und 16 FILAG (Bern, Biel und Thun) Art. 9 und 10 FILAV (Vorgehen, Berechnung)	Berichterstattung Zentrumslasten
Zuschüsse	Art. 18 FILAG (geografisch-topografische Lasten) Art. 21 FILAG (CHF 30 bis 50 Mio.) Art. 12 und 13 FILAV (Berechnung)	Flächen und Strassenlänge
	Art. 21a FILAG (soziodemografische Lasten) Art. 15 FILAV (Berechnung)	Diverse Bevölkerungsfaktoren
Verweigerung von Zuschüssen (Mindestausstattung und geografisch-topografischer Zuschuss)	Art. 35 FILAG (Verweigerung von Zuschüssen) Art. 19 FILAV Mindestausstattung Art. 20 FILAV geografisch-topografischer Zuschuss	Finanzielle Situation der Gemeinde Wert Kennzahlenmix (Mindestausstattung) HEI von mindestens 120, Bandbreite HEI 140 bis 160 (geografisch-topografischer Zuschuss)